



HDIM.NGO/0104/13
25 September 2013

Humanitas Helvetica e.V.
Mimosenstrasse 5
8057 Zürich

Zürich, 25. September 2013

Mail: helfer@humanitas-helvetica.ch
Web: <http://www.humanitas-helvetica.ch>

Original: Deutsch

Statement und Empfehlungen von Humanitas Helvetica e.V. Zürich

am „2013 Human Dimension Implementation Meeting“
Warsaw, 23 September to 4 October 2013

Session 4: Fundamental freedoms

- Freedom of expression, free media and information

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren

Statement

Die Pressefreiheit und Meinungsvielfalt haben einen bedeutenden Stellenwert in einer Demokratie. Sie sind Gradmesser und Warnsystem zugleich. Unter anderem wenn es darum geht, die Befindlichkeit, das Tun, respektive die Untätigkeit eines Staates, seiner Entscheidungs- und Meinungsträger zu beschreiben. Medien haben und sind eine wichtige Kontrollinstanz, deren Bedeutung seit den Zeiten der Aufklärung stetig zugenommen hat. Nicht umsonst spricht man bisweilen auch von der vierten Macht innerhalb der Gewaltenteilung eines Staates.

Medien tragen aber ihrerseits auch viel zur Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger bei. Ohne freie Medien und ohne eine entsprechende Vielfalt an Medien, wird die Meinungsbildung quasi ad absurdum geführt. Medien haben deshalb eine grosse Macht und gleichzeitig eine grosse Verantwortung. Wenn also die Medien in einem Zug mit der Exekutive, der Legislative oder der Judikative genannt werden, bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung und der Beantwortung der Frage, wie die Medien mit ihrer Macht und ihrer Verantwortung umgehen. Dies gilt nicht nur für Menschen, die direkt mit Medienschaffenden zu tun haben, also zum Beispiel Politiker, Entscheidungsträger, Sportler, Wirtschaftsvertreter und so weiter, sondern im Besonderen für all jene, die Tag für Tag Medienerzeugnisse verschiedenster Art konsumieren. Denn die Machtkonzentration einzelner Verlage ist nicht unproblematisch und schadet im schlimmsten Fall der freien Meinungsbildung.

Global gesehen, könnte die Entwicklung der Medien- und Meinungsvielfalt unterschiedlicher nicht sein. Sorge bereitet Humanitas Helvetica insbesondere die Konzentration an publizistischer Macht in einigen Industriestaaten, darunter auch in der Schweiz. Während in osteuropäischen und zentralasiatischen Staaten für die Presse- und Meinungsfreiheit sowie Medienvielfalt gekämpft werden muss und dabei Akteure, die sich für mehr publizistische Freiheit engagieren, hohe Risiken in Kauf nehmen müssen, muss beispielsweise in der Schweiz dem Abbau der Meinungsvielfalt energisch entgegengetreten werden. Diese im Grundsatz absurde Situation ergibt sich aus der Tatsache, dass immer weniger Verlage, respektive Medienkonzerne, immer mehr Informationskanäle (Zeitungen, Radio, TV, Internet etc.) für sich vereinbaren.

Monopol- und Oligopolstellungen sind eine Konzentration von Macht. Diese Konzentration führt zur Verwässerung der Information und letztlich zur Manipulation und Desinformation. Medienmonopole sind Meinungsmonopole und deswegen ein Machtmissbrauchs. Die Beeinflussung der allgemeinen Meinung geht über die reine Information der Masse über einen Sachverhalt hinaus. Durch die Monopolisierung wird die Auseinandersetzung unter verschiedenen Gesichtspunkten quasi abgeschafft. Präsentiert wird am Ende des Tages ein Einheitsbrei, selten bis gar nicht kritisch hinterfragt, fließend im Mainstream der vermeintlich allgemeinen Meinung angepasst. Eine freie Meinungsbildung ist damit praktisch nicht mehr gewährleistet.

Empfehlungen

Die **Regierungen** sind angehalten, alles zu unternehmen, dass die Pressefreiheit einerseits sowie die Pressevielfalt andererseits als ein hohes Gut in der demokratischen Meinungsbildung der Bürger eines Staates an Stellenwert gewinnen. Die kritische Auseinandersetzung mit der Machtkonzentration vereinzelter Medienkonzerne sollte ebenso als Gradmesser der demokratischen Entwicklung dienen wie die Förderung der Presse- und Meinungsfreiheit und der daraus resultierenden breit abgestützten Meinungsbildung eines jeden Bürgers. Dort, wo die Meinungs- und Pressevielfalt durch die Machtkonzentration einiger weniger Verlage Gefahr läuft zu verschwinden, bedarf es einer wettbewerbsrechtlichen Intervention seitens des Staates. Umgekehrt ist es nach wie vor fatal, wenn Regierungen die Entwicklung der Pressevielfalt einschränken, weil kritische oder unbequeme Medienprodukte durch staatliche Hindernisse in ihrer Arbeit eingeschränkt oder gänzlich verboten werden.

Medien und Journalisten tragen eine grosse Verantwortung. Der Eindruck täuscht nicht, dass ausgerechnet in demokratischen Staaten (zum Beispiel Schweiz, Deutschland, Österreich u.a.) diese Verantwortung teilweise nicht mehr wahrgenommen wird. Dies äussert sich einerseits in der teilweise mangelhaften Qualität der journalistischen Arbeit, andererseits eben auch in Ermangelung verschiedenster Meinungen zu einem Sachverhalt. Auf der anderen Seite kämpfen Journalisten in osteuropäischen oder zentralasiatischen Staaten mit staatlicher Zensur. Der Graben könnte nicht grösser sein. Auf der einen Seite teilweise medialer Einheitsbrei, auf der anderen Seite vielfältige publizistische Meinung, die aber aufgrund von Einschränkungen oder Verboten nicht geäussert werden darf. Gerade Journalisten, welche in demokratischen Staaten ihrer wichtigen Arbeit nachgehen, sollten sich auf das Privileg der Meinungsvielfalt besinnen. Es geht nicht darum, *contre coeur*, also gegen die eigene, persönliche Meinung, zu schreiben. Es geht darum, die publizistische Vielfalt in der Meinungsbildung zu erhalten und bisweilen auch gegen die verlegerische Doktrin anzutreten, entsprechend zu recherchieren und am Schluss zu informieren.

Nichtregierungsorganisationen nehmen im Kampf für Presse- und Meinungsfreiheit sowie der publizistischen Vielfalt einen wichtigen Stellenwert ein. Unabhängig von ihren Hauptanliegen, muss es im Interesse aller NGO's sein, dass mediendemokratische Strukturen überall etabliert werden können. Genau wie die Politik, sind auch NGO's in gewissem Masse von den Medien abhängig. Durch die freien und vielfältigen Medien können NGO's ihre Botschaften an den Mann und die Frau bringen, ihren Anliegen ein Gehör verschaffen. Wünschenswert wäre die Zusammenarbeit verschiedener NGO's im Bereich der Presse- und Meinungsfreiheit. Die beiden demokratischen Grundrechte sind im Übrigen an weitere Rechte der Bürger eines Staates gekoppelt und können ohne weiteres - auch hier unabhängig vom Hauptanliegen einer NGO - bearbeitet und vor allem gefördert werden.

Besten Dank für Kenntnisnahme und Unterstützung.

Hans-Ulrich Helfer,
Gründer und Präsident